

G-20-Gipfel: Sarkozy und EU in Schwächeposition

Schlimmer hätte es für Gastgeber Nicolas Sarkozy nicht kommen können: Der französische Staatschef eröffnete gestern den dreitägigen G-20-Gipfel (die sieben führenden Industrienationen, zwölf Schwellenländer und die EU) in Cannes in einer bisher nie gekannten Schwächeposition.

Durch den griechischen Referendums-Beschluss wurden Sarkozy und mit ihm die EU wieder auf ihre eigene Krise zurückgeworfen und das Gipfel-Programm durcheinander gewirbelt: so musste gestern vor dem Gipfel-Auftakt, nämlich einem Arbeitessen zwischen Sarkozy und Chinas Präsidenten Hin Schintao, eine Notsitzung mit Angela Merkel, Spitzenvertretern der EU und des Internationalen Währungsfonds eingeschoben werden. Nach dem Treffen zwischen Sarkozy und Chinas Präsidenten trat die EU-Krisengarnitur nochmals und im Beisein des herbeizitierten griechischen Premier Georges Papandreou zusammen.

Für die Europäer ist das eine Schmach, nachdem bereits bei dem vorwöchigen Brüssler Gipfel das neue Hilfspaket für Griechenland auch auf Zuschüsse aus China setzen musste. In Wirklichkeit gibt es bisher überhaupt keine verbindlichen Zusagen aus Peking. Die chinesischen Devisenreserven sind bereits zum Großteil in US-Schatzbriefen angelegt. In China selber haben die vier größten Banken ihre Kredite an öffentliche Bauträger eingestellt, Millionen Arbeiter werden nicht mehr entlohnt.

Hinter den Kulissen maßregeln die chinesischen Führer ungeniert die Europäer wegen ihrer Schuldenkrise. So beschied Chinas Vizepremier dem französischen Außenminister, die Europäer sollten erst einmal ihre Budgets ins Reine bringen, statt sich über Chinas Währungspolitik Gedanken zu machen. Das war eine Voraus-Antwort auf das wichtigste Anliegen des Westens gegenüber China: auf diesem G-20 Gipfel sollte, so hoffte ursprünglich Paris, die Integration des chinesischen Yuan (und die ebenfalls als zu niedrig eingestufte indische Rupie) in einen internationalen Reserve-Devisenkorb eingeleitet werden. Dadurch würde der Yuan de facto konvertibel und aufgewertet werden, also China einen Teil seines Wettbewerbsvorteils verlieren.

Nachdem aber jetzt auch noch Japan den Yen massiv abgewertet hat, scheint dieser Währungskompromiss in noch weitere Ferne gerückt. Stattdessen verlangt Peking für seine (höchst ungewisse) Hilfe von der EU-Kommission die

sofortige Zuerkennung des Status einer „Marktwirtschaft“ um jeglicher Maßnahme der Europäer gegen unlautere Konkurrenz zu entgehen.

Ebenso chancenlos wirkt das franko-deutsche EU-Kernduo bei seiner Forderung nach einer Finanz-Transaktionssteuer, die von Briten, USA, China und Russland abgelehnt wird.

Bleiben die übrigen Bemühungen zur Eindämmung der Spekulation. Die Agrarmärkte sollen in Echtzeit kontrolliert werden, ein rascher Reaktionsfonds für Ernährungssicherheit ist geplant. Staaten, deren Währungen angegriffen werden, sollen die Kapitalflüsse begrenzen können. Ein internationaler Sonderfonds soll ihnen zu Hilfe kommen, Trading mit Derivaten soll eingeschränkt und transparenter werden. Aber bisher ist, als Reaktion auf die Regulierungsbemühungen, das sogenannte „Schatten-Bankenwesen“, auf das Hedge-Fonds und Handelsbanken ausgewichen sind, rasant angewachsen.

„Es geht nicht um Protektionismus, aber ohne Regeln gibt es keinen Markt,“ warnte Sarkozy zu Beginn des Gipfels. Aber in Frankreichs Öffentlichkeit werden solche Ansagen nur mehr belächelt.

DANNY LEDER, PARIS